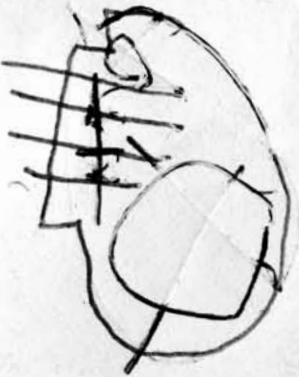


hey morgen ist wieder mal beat on the street
dann ist es kein problem vom minster zur kaserne
am rhein entlang zu tanzen und mal den ganzen bürgis
zu zeigen wie "real" alternativ wir alle sind. "

die alternativkultur kann sich noch so mühe geben,
kritisch, anders, underground zu sein sie bleibt ein
unverändliches angebot genauso wie die tote hoch-
kultur oder die verpöhten massen kultur.
und so bleibt es eine belanglose frage des stils,
ob wir die gestaltung unserer freizeit, diesem oder
doch eher jenem ort anvertrauen.



| | |
|----|---------------------------------------------------------------------------------------|
| 3 | Besetzt! |
| 5 | Denken beflügelt |
| 7 | Räumung begann trotz Mietvertrag |
| 8 | Am 1. Mai wurde das seit Jahren leerstehende Hotel am Steingraben 51 in Basel besetzt |
| 10 | Hausbesetzung am Rande der 1.-Mai-Kundgebung |
| 11 | Wir sind immer noch hier |
| 11 | ZLV will besetztes Hotel räumen |
| 12 | Besetztes Hotel Stein&Graben in Basel geräumt |
| 13 | «Unsere Leistung besteht darin die Expansion zu ermöglichen» |
| 16 | Die Räumung des Rhino, Spitze des Eisbergs |
| 18 | Die Ciguë Genève |

ZUSAMMENGETRAGEN IM SEPTEMBER 007, AUFLAGE 150 STK
 VIELEN DANK AN DIE AUTOREN. WEITERES IN KÜRZE.
 WENN NICHT AUF DIESEM KANAL, DANN IRGENDWO IN IHRER NÄHE.
 KULTURKOLLEKTIV S&G.

Besetzt!

Immer mehr Räume in unserer Stadt sind definiert. Nur wenige Orte lassen es zu, eigene Ideen zu entwickeln und zu verwirklichen. Wir wollen Orte schaffen, wo keine festen Konzepte das Geschehen regeln, keine Anforderungen und insbesondere kein finanzieller Druck dahinter stehen. Wo sind die Räume, in denen Aufbau und Zerstörung gleichermaßen Platz haben? Wo die soziale Kontrolle nicht spielt, wo man wieder atmen kann?

Wir wollen uns auch gegen die Stadtentwicklung wehren, die den ganzen Raum unserer Stadt durchstilt und auf mainstream trimmt. Mit den Stadtentwicklungsprojekten wird alles Kreative, alles Lebendige erstickt. Menschen, die mit wenig Geld ihr Leben gestalten, werden aus der Stadt verdrängt.

W a r u m b e s e t z e n ?

Wir wollen Räume öffnen, die im privaten oder öffentlichen Besitz sind und nicht genutzt werden. Diese Räume sollten den Menschen zugänglich gemacht werden. Es darf nicht sein, dass Häuser und ganze Industrieareale jahrelang leer stehen, wenn günstiger Wohn- und Kulturraum so dringend nötig ist.

Wir fordern, dass Besetzen entkriminalisiert wird. Besetzen eröffnet den Menschen Freiraum, der ihnen vorenthalten wird. Machen BesetzerInnen auf diesen Umstand aufmerksam, sind sie heftigen Polizeirepressionen ausgesetzt. Sie werden verhaftet, in Handschellen abtransportiert und verurteilt.

*Besetzen statt besitzen
 – öffnen wir Freiräume.
 Definierte Räume umdefinieren
 besetzen entkriminalisieren!*

Denken beflügelt

Mit diesem Text wollen wir uns nicht rechtfertigen sondern darauf hinweisen, dass unsere Aktion* als Protest zu verstehen ist.

Gewisse Geschehnisse, Tatsachen und Strategien, die von Staat, Stadt und oder Grossunternehmer ausgehen, können und wollen wir nicht tolerieren, geschweige denn still akzeptieren.

Jede rebellische Aktion, auch wenn sie noch so schwach und lächerlich erscheint, ist ein Schrei gegen diskriminierende Konventionen, den niemand hören will, jedoch – in Anbetracht der nicht zu ignorierenden Umstände in dieser Stadt und anderen Städten – ernst zu nehmen wäre.

Bequemer wäre es, sich den schönen Sachen im Leben hinzugeben und zu hoffen, dass bald der Sommer kommt und die Leute dann öfters lächeln, wenn Sie die friedliche, fast schon langweilige Rheinpromenade rauf- und runter spazieren und nicht sehen wollen, welchem kapitalgesteuerten Schicksal sie und wir ausgeliefert sind. Noch können sie es sich leisten, in dieser Stadt zu atmen.

Jeder noch so kleiner rebellische Schrei (in Form einer Besetzung) wurde in den letzten Monaten mit gezielter polizeilicher Repression verhindert oder mit Inhaftierungen beendet. Von der Öffentlichkeit strikt ignoriert. In den Zeitungen wird nicht davon berichtet. Wenn, dann nur in massiv gekürzter Fassung, um den Inhalt zu entschärfen, um der Sache keine Wichtigkeit zu schenken.

UM WAS GEHT ES DENN HIER KONKRET?

Vielleicht um leerstehenden Wohn- und Lebensraum in einer Zeit der herrschenden Wohnungsnot, in der günstiger Wohnraum zu einer wahren Rarität wird. Einerseits werden ganze Quartiere aufgewertet oder neu gebaut, andererseits werden bestehende Häuser über Jahre hinweg nicht weitervermietet oder zeitlich begrenzt zwischengenutzt.

Die Strategie scheint klar zu sein. Solche Häuser warten womöglich auf Abriss- oder Totalsanierung, und das Preissegment für die angestrebten Mieter- oder Käuferschaft dürfte genau so klar sein. Nein, für normale oder ärmere Bürger wird nicht investiert. Obwohl gemäss Statistik die Hälfte der Lohnabhängigen mehr als 5000 Franken verdient und durchaus normale Familieneinkommen um die 8000 Franken betragen können, gibt es auch viele Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und 2000 Franken für eine 4-Zimmerwohnung nicht bezahlen können. Andere wiederum haben ihre Prioritäten anders gesetzt und wollen ganz einfach nicht die Hälfte ihres Einkommens für «schöner wohnen» ausgeben.

Wir sind der Meinung, dass der Wohnungsmarkt in Wirklichkeit kein Markt ist, sondern eine existenzielle Erpressung, die uns zum Arbeiten zwingt. Allzu oft ist Mensch dann gezwungen, ausbeuterischen, schlecht bezahlten und identitätsraubenden Tätigkeiten nachzugehen, die auf lange Zeit gesehen zu Depressionen und allgemeiner Trägheit führen. Das Finanzielle ist die eine Sache. Dazu kommt, dass es Leute gibt, die gerne im Kollektiv leben und es nicht nur als eine günstigere alternative Wohnmöglichkeit betrachten, oder noch weniger als eine Phase im Leben, bis man dann doch noch Familie gründet und folglich in eine 3-Zimmerwohnung zieht.

Es sollte als eine existenzielle Begierde verstanden werden, mit mehreren Leute gemeinsam wohnen zu wollen, zu kochen und den Austausch und die Vielfalt einer grösseren Wohngemeinschaft zu schätzen, und auf vielen Ebenen als bereichernd zu empfinden.

An junge Leute werden die Häuser in der Stadt nur ungern vermietet, da ihre Zahlungsfähigkeit nicht als längerfristig und seriös eingestuft wird. Das Risiko von unbezahlten Rechnungen gilt höher, als bei einer Familie mit Kindern. Zudem werden junge Menschen oft als Vandalen mit einem skurilen und drogenabhängigen Freundeskreis betrachtet. Kleider machen Leute, mit den falschen Schuhen hast du längst verloren.

Ein weiterer Aspekt ist, dass «schöner wohnen» nicht nur bedeutet, schöne Möbel zu kaufen, sondern sein zuhause selbstbestimmend gestalten zu können. Dies ist in Mietwohnungen kaum möglich und auch nicht erwünscht.

MEINE DAMEN UND HERREN, WIR BEFINDEN UNS HIER IN EINEM RICHTIGSSAAL.

Wahrscheinlich hätten wir alle etwas Besseres zu tun. Aber es geht hier darum, dass eine Tat bestraft werden soll. Es geht um die Besetzung am Nonnenweg 53:

Erstmals möchten wir das Eindringen in dieses Haus und die sofortige Information des Besitzers sowie gleichzeitige Anfrage für Zwischennutzung dem jahrelangen Leerstehenlassen eines Hauses gegenüberstellen.

WAS IST HIER NUN STRAFBAR?

Klar, wir haben es mit Eigentum zu tun. Das ist der springende Punkt. Wir leben hier in der kapitalistischen Schweiz, wo Eigentum das grösste Heiligtum ist und seit jeher gesetzlich geschützt wird. Gesetze sind in demokratischen Systemen jedoch veränderbar und sogar in der Schweiz gab es Orte**, wo Besetzungen in bestimmten Fällen nicht als gesetzeswidrig galten. Auch kommt es in verschiedenen Städten auf die Handhabung der Polizei mit dieser Thematik an. Während in Luzern die Polizei erstmal abwartet, um eine teure Räumung zu verhindern, greift die Polizei in Basel oder Winterthur zum Teil auch ohne Räumungsbefehl rigoros ein. Besetzungen werden kriminalisiert. Öffentliches Bewusstsein für die Problematik gibt es leider auch nicht. Jedoch betrifft die Wohnthematik nicht nur Besetzer und Besetzerinnen: Hier in Basel, wie auch andernorts, ist ein Prozess von so genannter Stadtaufwertung im Gange.

Wie schon erwähnt, jedoch um es nochmals zu betonen, werden immer mehr alte, daher noch bezahlbare Wohnungen abgerissen oder Luxus saniert. In unseren Augen bieten aber gerade diese Wohnungen Lebensqualität. Oft ist die Freiheit der Gestaltung grösser, der Kontakt mit Nachbarn durch die WC-Nutzung im Gang, um ein Beispiel zu nennen, gegeben. Holzöfen sehen wir im Gegensatz zu Zentralheizung immer noch als Qualitätspluspunkt.

UND IMMER NOCH STEHEN HÄUSER LEER. WIE GESAGT, UNBESTRAFT.

Wohnungsnot gab es schon immer. Rebellion auch. Wir sind der Meinung, dass globales Denken nötig ist und lokales Handeln noch mehr. Was die Stadt belebt sind nicht die Immobilien, die teuren Wohnungen, die Luxusviertel oder die vollen Einkaufszentren. Dies bringt noch kein Leben in einer Stadt. Strassenmusikanten, Fassadenverschönerer, Nachmittagsspaziergänger, Künstler, Jugendliche, kurz gesagt, die Leute aus verschiedenen Gesellschaftsschichten bereichern das Leben in einer Stadt und geben ihr einen eigenen Charakter, ihren Charme.

*) Es geht um die Besetzung am Nonnenweg 53, der Prozess fand am 13. April 007 statt

**) siehe «Genf, die Spitze des Eisbergs», weiter hinten im Heft



Räumung begann trotz Mietvertrag

Polizei Die Mieter an der Voltastrasse 85 erlebten am Wochenende einen unverständlichen Räumungsversuch ihrer Liegenschaft.

Am Samstag rückte die Kantonspolizei Basel-Stadt zu einer Räumung in der Voltastrasse 85 aus. Um 16 Uhr verschaffte sie sich gewaltsam Zutritt zu dem Haus. Nachdem die erschreckten Hausbewohner jedoch versichert hatten, für die Liegenschaft einen Mietvertrag zu haben, zog sich die Polizei zur Abklärung der Sachlage zurück. Laut Patrizia Bernasconi vom Mieterinnen- und Mieterverband Basel, können Mieter mit einem laufenden Mietvertrag nicht geräumt werden.

KOMMUNIKATIONSPROBLEME

Die Liegenschaft an der Voltastrasse wird dieses Jahr noch abgerissen. Bis Ende April 2007 ist sie jedoch in einem Zwischennutzungsvertrag an das alternative Wohn- und Kulturprojekt «Volta 85» vermietet. Das Mietverhältnis besteht schon seit sechs Jahren. Letztes Wochenende feierte die Hausgemeinschaft ein grosses Abschiedsfest, was nicht bei allen Nachbarn gut ankam. Freitag Nacht riefen einige Anwohner bei der Polizei an, wegen Lärm und eines offenen Feuers im Hinterhof. Laut Klaus Mannhart, Mediensprecher der Kantonspolizei, sprachen die Anwohner von Hausbesetzern. Mitten in der Nacht versuchte die Polizei bei der Huber Straub AG, der Eigentümerin des Hauses, abzuklären, ob die Liegenschaft Voltastrasse 85 besetzt sei. Wie es schliesslich zur Unterzeichnung des Räumungsbegehrens kam, da gehen jedoch die Aussagen der Huber Straub AG und der Polizei auseinander.

Klaus Mannhart gibt an, die Polizei habe eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung von den Hauseigentümerin erhalten und darauf reagiert. Die Huber Straub AG bestreitet dies. Ihr Verwaltungsratspräsident sei vielmehr am Samstag von der Polizei aufgefordert worden, rasch ein Räumungsbegehren zu unterschreiben. Der Verwaltungsratspräsident sei über die Mietverhältnisse an der Voltastrasse 85 jedoch nicht genau informiert gewesen und das zuständige Geschäftsleitungsmitglied Robert Schnetzer war nicht erreichbar. Schnetzer konnte das Missverständnis erst am Sonntagmorgen aufklären. Er ärgert sich über die entstandene Situation und erklärt: «Die Polizei war über den bestehenden Mietvertrag informiert.» Schnetzer habe der Polizei schon am Osterdienstag über das Mietverhältnis in der Voltastrasse 85 Auskunft gegeben.

BEDROHT GEFÜHLT

Laut den Hausbewohnern waren mehrere Dutzend Polizisten am Einsatz beteiligt, die Polizei spricht lediglich von fünf Polizisten. Klaus Mannhart sagt: «Als die Hausbewohner versicherten, einen Mietvertrag zu haben, verzichtete die Polizei auf die Räumung.» Was vom Polizeieinsatz bleibt: Die Hausbewohner hatten sich stark bedroht gefühlt. Die Polizei hinterliess bei den Bewohnern einen Schrecken, ein kaputtes Türschloss und eine eingeschlagene Fensterscheibe, sagt Georg Hart*, der seit fünf Jahren in dem Haus lebt. (mok)

moc

erschien in der BLZ, 26.04 007

* Name geändert

Am 1. Mai wurde das seit Jahren leerstehende Hotel am Steinengraben 51 in Basel besetzt

Heute haben wir das seit mehr als einem Jahr leer stehende Hotel am Steinengraben 51 besetzt, das im Besitz der Einwohnergemeinde der Stadt Basel ist. Es ist kein Zufall, dass wir nach einer andauernden Phase der Vertreibung konkret ein Objekt der Stadt ausgewählt haben. Wir fordern, die offensiv-repressive Polizeistrategie gegenüber Hausbesetzungen sofort zu beenden. Es ist offensichtlich, dass die Polizei bestrebt ist, HausbesitzerInnen zur sofortigen Räumung zu bewegen und somit jegliche Chancen auf Verhandlungen zunichte macht. Diese Regierungspolitik hat existenzielle Folgen: In den vergangenen Monaten haben viele Leute ihren Wohnort verloren.

Zum Beispiel:

Die Halle an der Baslerstrassen 336 in Allschwil.
Die Häuser an der Hagentalerstrasse 41- 45.
Die Häuser an der Voltastrasse 73- 85.
Das Haus an der Lothringerstrasse 121.

Darum überbringen wir den Leuten dieser Zeit den Vorschlag des Steinengrabens 51 als kleines Gegengift, als Ort der Nutzung nach Bedürfnis und nicht nach finanzieller Möglichkeit, als Freiraum, als Raum der Verhandlung.

TEXT AUF DEM FLUGBLATT, WELCHES AN DER 1. MAI DEMONSTRATION VERTEILT WURDE:

Ehemaliges Hotel am Steinengraben 51 besetzt,

als Reaktion auf die zunehmende Repression und Marginalisierung zwischengenutzter und besetzter Räume Überall und in Basel! Sehen wir dem Elend ein wenig gemeinsam ins Gesicht, kommt alle vorbei zu Trank und Speis und Eigensinn, auch Musik.

Vorab möchten wir darauf hinweisen, dass sich folgende Zeilen auf unsere konkreten Lebensumstände hier beziehen, was jedoch nicht heisst, dass sich die Art des Systems nicht auf weite Strecken planetarer Lebensumstände erstreckt und aufs Engste mit der Ausbreitung der Wüste verzahnt ist.

Auf einmal stehen wir heute hier auf dem Marktplatz, hergerichtet um ein alljährliches zahnloses Wurst und Brotfest zu begehen. Ja ja, auch dieses Jahr waren die Attacken des grausamen Raubtiers unerbärmlich.

Ein Stück weiter haben wir uns von einander entfernt, einige mehr grinsen unter der Sonne der Benzodiazepine. Unzählige Mechanismen nagen am sozialen Zusammenhalt, im Mittelmeer dümpeln Leichen der Hoffnung, im Mittelland dumpfen sich die Bauunternehmen gesund. Erbärmlich jedoch das Bewusstsein hierzulande. Erbärmlich die Leute dagegen auf der Strasse.

SOWEIT SO GUT.

Das transnationale Kapital angreifen!
Arbeitsplätze erhalten! Das Klima schützen!
Blutleere sorgt den unfassbaren Komplex nicht, kriert im Gegenteil neue Energie, die wohl eingebunden sogar einen Mehrwert generiert.

Heute haben wir das seit mehr als einem Jahr leer stehende Hotel am Steinengraben Nr. 51 besetzt, das im Besitz der Einwohnergemeinde der Stadt Basel ist.

Es ist kein Zufall, dass wir nach einer andauernden Phase der Vertreibung konkret ein Objekt der Stadt ausgewählt haben. WIR FORDERN, DIE OFFENSIV-REPRESSIVE POLIZEISTRATEGIE GEGENÜBER HAUSBESETZUNGEN SOFORT ZU BEENDEN.

Es ist offensichtlich, dass die Polizei bestrebt ist, HausbesitzerInnen zur sofortigen Räumung zu bewegen und somit jegliche Chancen auf Verhandlungen zunichte macht.

Diese Regierungspolitik hat existenzielle Folgen:

In den vergangenen Monaten haben viele Leute ihren Wohnort verloren.

Zum Beispiel:

Die Halle an der Baslerstrassen 336 in Allschwil.
Die Häuser an der Hagentalerstrasse 41- 45.
Die Häuser an der Voltastrasse 73- 85.
Das Haus an der Lothringerstrasse 121.

All diese noch wunderbar bewohnbaren Häuser mussten verlassen werden für Sanierung oder Neubau.

Parallel wurden seit Dezember 2006 Häuser besetzt, die zum Teil seit Jahren nicht mehr genutzt oder weitervermietet werden, mit dem Ziel, diese zwischenzeitlich oder längerfristig zu nutzen oder günstig zu mieten.

Die Räumungen erfolgten immer einige Stunden später.

Zum Beispiel:

Das Haus am Nonnenweg 53 in Basel.
Das Haus an der Baslerstrasse 159 in Allschwil.
Das Haus an der Vogesenstrasse 100 in Basel.
Das Häuser an der Bruggstrasse 3/5 in Reinach.
Das Haus an der Friedrichstrasse 6 in Basel.
Das Haus an der Arabienstrasse 3 in Basel.
Das Haus an der Lothringerstrasse 121 in Basel.
Das Haus an der Kernmattstrasse 21 in Binningen.
Das Haus im Holeerain 42 in Binningen (zwei Mal).
Die Häuser an der Hagenaustrasse 16/18 in Basel.
Das Haus an der Bahnhofstrasse 30 in Therwil.
Die Lagerhalle an der Gartenstrasse 24 in Binningen.

Die Bestrebungen, neuen günstigen Wohn- und Kulturraum abseits gängiger Wohnmodelle zu eröffnen, wurden allesamt mit Hilfe des Gewaltmonopols verhindert.

Die Basler Polizei agiert dabei präventiv und teilweise ohne Kontakt mit den Eigentümern.

So geschehen zum Beispiel an der Voltastrasse 85, wo sich ein Aufgebot der Basler Polizei am vergangenen Samstag den 21.4.07, gewaltsam Zutritt verschaffte, mit der Begründung, das Haus sei besetzt. Als die Bewohner dann jedoch den gültigen Mietvertrag, der Ende April ausläuft, vorwies, zog sich die Polizei konsterniert und telefonierend zurück. Es macht den Anschein, als hätten sie noch was Spannendes erleben wollen, nachdem die Demonstration gegen den drohenden Krieg im Iran friedlich verlief.

Dies ist nur ein weiteres Beispiel für das eigenmächtige Vorgehen der Basler Polizei, die sich ohne Räumungsbefehl selbst im Graubereich der Legalität bewegt.

Diese polizeilichen Strategie deuten darauf hin, dass in den aufgewerteten Quartieren kein normloses Gesindel und einkommenschwache Leute (aka Präkariat und Wirrwarr) toleriert werden. Gleichzeitig werden ganze Quartiere aufgewertet oder neu gebaut, Grossunternehmen können rege genutzte Allmend aufkaufen und undefinierte Orte werden einem Zweck unterstellt, dessen Missachtung mit Strafe belegt ist.

STADTENTWICKLUNG HÄNGT STARK MIT STRUKTUREN SOZIALER KONTROLLE ZUSAMMEN.

Ein Alltag, der zu einem grossen Teil dafür aufgewendet werden muss, eine Existenz zu ermöglichen, in der Arbeit und Freizeit, öffentliches Leben und Privatleben getrennt sind, indem wir uns als Konkurrenten gegenüberstehen und indem wir uns in Kategorien leerer Zugehörigkeit begegnen, ist ein Elend, trauriger.

DAVON HABEN WIR GENUG.

Wir rufen euch auf, an diesem Raum teilzunehmen, mitzugestalten und ihn zu verteidigen.

Bringt Essen, Schlafsack und Tanzbeine.

LANG LEBE WIRRWARR DIE SCHÖNE UND VERBÜNDETE IM GEISTE



Hausbesetzung am Rande der 1.-Mai-Kundgebung in Basel

Rund 1500 Personen beteiligten sich am Umzug anlässlich der 1.-Mai-Kundgebung in Basel. Foto Keystone

Basel. AP/baz. Rund 1500 Menschen haben am Dienstag an der 1.-Mai-Kundgebung in Basel teilgenommen. Sie machten sich für verbesserte Arbeitsbedingungen und gegen die 5. IV-Revision stark. Während die Kundgebung selbst friedlich abließ, besetzten Demonstranten ein altes Hotel der Einwohnergemeinde.

Die Demonstration begann um rund 10.00 Uhr. Der bunte Zug marschierte vom Messeplatz zum Marktplatz. Mit dabei waren unter anderem der Basler SP-Nationalrat Remo Gysin – der an den kommenden Wahlen nicht mehr antritt – und Rudolf Rechsteiner sowie die SP-Nationalrätin Silvia Schenker.

Neben der schweizweiten Parole «Respekt: geregelte Arbeit statt Verwilderung» waren auf den Transparenten unter anderem Aufrufe gegen den imperialistischen Krieg und die kapitalistische Ausbeutung zu lesen. Zudem wurde zur Vereinigung der Proletarier aller Länder aufgerufen. Die Gewerkschaft Unia, die sich mit den Frauenlöhnen beschäftigte, machte auf die unterdurchschnittliche Bezahlung des weiblichen Geschlechts aufmerksam.

Während den Reden auf dem Marktplatz äusserte sich unter anderem der Präsident des Basler Gewerkschafts-

bundes, Martin Engel, zu der Situation der Arbeitnehmenden. So schaffe das Wirtschaftswachstum keine sicheren Arbeitsplätze. Mit der Teuerung und den Sozialabzügen habe praktisch eine Minusrunde resultiert. Daneben war auch die 5. IV-Revision eines der vorherrschenden Themen. So richte sich die Revision gegen die soziale Sicherheit von immer mehr Invaliden und Behinderten, sagte Engel. Der Kampf gegen die Invalidenversicherung (IV) sei auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Nach den Reden war ein Fest auf dem Barfüsserplatz vorgesehen. Laut Angaben der Basler Kantonspolizei verlief die Kundgebung zunächst friedlich. Dennoch kam es aber zu Misstönen. So verliess eine Gruppe beim Eintreffen auf dem Marktplatz den Demonstrationszug. Sie besetzten ein Haus im Besitz der Einwohnergemeinde der Stadt Basel. Gemäss einem Bekennerschreiben erfolgte die Besetzung des leer stehenden Hotels anlässlich «des alljährlichen zahnlosen Wurst und Brotfestes» als Reaktion auf eine zunehmende Repression und Marginalisierung zwischengenutzer und besetzter Räume. So hätten zahlreiche Menschen in den vergangenen Monaten in Folge der offensiv-repressiven Polizeistrategie ihren Wohnort verloren. Gemäss Angaben der Basler Kantonspolizei lief die Besetzung ruhig ab. Die Polizei selbst werde erst bei einer Räumungsklage aktiv.

Erschienen in der BAZ, 02. Mai 007

AUS DIAMANTEN WÄCHST NICHTS,
AUS MIST WACHSEN BLUMEN
Oder:

Wir sind immer noch hier

Seit dem 1. Mai haben wir das Hotel am Steinengraben 51, das seit 2 Jahren und 4 Monaten leersteht, wiederbelebt. Neue Pläne stehen frühestens Mitte 2008 an.

Gestern Donnerstag fand ein Gespräch mit den Zuständigen der Liegenschaft statt. (Andreas Kressler, Leiter der Zentralen Liegenschaftsverwaltung und Eva Herzog, Regierungspräsidentin /Finanzdepartement). Es wurde uns mitgeteilt, dass das Haus bis Sonntag um 24 Uhr zu verlassen ist, da es angeblich, auf Grund der nicht gewährleisteten Sicherheit und hygienetechnischen Fragen, unbewohnbar sei. Heute, Freitag den 4. Mai, hat ein neutraler Baufachmann das Gebäude unter die Lupe genommen. Nach gründlichen Untersuchungen hat er befunden, dass durch einfache Massnahmen das Gebäude bereits sicher und bewohnbar gemacht wurde. Er hat sich auch bereit erklärt, diese Tatsachen den Zuständigen (ZLV; Eva Herzog) vorzulegen. Was die Hygiene betrifft, ist das Hotel laut rechtlichen Grundlagen nutzbar, da fließendes Wasser, Strom, WC, Haustüre und eine geschlossene Küche vorhanden sind.

Wir hoffen nun dementsprechend auf erneute Reaktionen der Zuständigen.

In den letzten Monaten haben hunderte von Menschen ihren günstigen Wohnraum aufgrund der andauernden Stadtaufwertung, Sanierungen und Neubauten verloren. Eine Stadtaufwertung die ihr anschaulichstes Beispiel im St. Johanns Quartier wiederfindet. Im April musste ein großer Teil der Voltastrasse, welche günstigen Wohnraum für viele Menschen geboten hat, für teure Sanierungen verlassen werden.

Wir haben dieses Hotel unter anderem auch besetzt, um für uns die Möglichkeit aufzubauen, aus der gängigen Isolation auszubringen und sich endlich nicht mehr allein durchschlagen und arrangieren zu müssen. Um einen Raum und Strukturen zu schaffen, die zum Beispiel auch die alleinerziehende Mutter aus ihrem sozialen Abseits befreien. Es geht darum, sich nicht mehr alleine durch immer präkäre Lebensumstände kämpfen zu müssen.

An dieser Stelle ließe sich natürlich noch viel mehr sagen, wir wollen uns aber für dieses Mal mit diesen Worten begnügen und verabschieden uns freundlich.

PRESSEMITTEILUNG
DONNERSTAG DEN 03. MAI 2007

ZLV will besetztes Hotel räumen

Am Donnerstagabend (03.05.2007) fand ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der ZLV (Zentrale Liegenschaftsverwaltung), Andreas Kressler und der Regierungspräsidentin Eva Herzog, (Finanzdepartement), statt. Die Zuständigen für die Liegenschaft am Steinengraben 51, die seit mehr als 2 Jahren leer stand, teilten den Besetzern mit, dass sie das Haus bis Sonntagabend, 23 Uhr zu verlassen hätten und drohten bei Nichtbefolgung ihrer Forderung mit einer polizeilichen Räumung. Die Besitzer behaupteten, das Gebäude sei unbewohnbar und berge Gefahren, für welche sie keine Haftung übernehmen könnten.

Diese offensichtlich vorgeschobenen Gründe können aber von den Besetzern widerlegt werden. Das Gebäude ist den rechtlichen Grundlagen zufolge, (welche ein bewohnbares Gebäude folgendermaßen definieren: sanitäre Einrichtung, Wasser, Strom, ein separater Raum für die Küche und eine abschliessbare Tür) bewohnbar.

Die Besetzer wären ebenfalls bereit gewesen, ein neutrales Gutachten über das Gefahrenpotenzial bei einem Baufachmann in Auftrag zu geben, um diese Gefahren im Anschluss professionell beheben zu lassen.

Dass die Besitzer sich nicht einmal auf diese Mindestforderung einer Abklärung einlassen wollten, stellt die öffentliche Politik seitens Eva Herzogs und Andres Kressler in Frage. Es sind nämlich gerade SP und ZLV, die sich bei anderer Gelegenheit für billigen Wohnraum stark machen. Auch die Behauptung, sie sei GRUNDSÄTZLICH FÜR ZWISCHENNUTZUNGEN (O-Ton Eva Herzog 1. Mai), kann inzwischen als Lippenbekenntnis abgetan werden. Anstatt konstruktiver Vorschläge werden Sicherheit und Komfort (!) der Besetzerinnen als Argumente gegen eine Zwischennutzung vorgeschoben.

Wir werden unser Haus, das inzwischen schon gesäubert und eingerichtet ist und für viele Menschen als Wohn-, Kultur- und Lebensraum dient, nicht stillschweigend verlassen.

- ZAHLT KEINE MIETEN MEHR AN DIE ZLV!
- SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN HAUSBESETZERN AM STEINENGRABEN 51!
- INFORMIERT EUCH AKTIV ÜBER DIE AKTUELLE WOHNPOLITIK.

Besetztes Hotel Stein&Graben in Basel geräumt

In Basel wurde am 7. Mai 2007 ab 10 Uhr das seit dem 1. Mai besetzte Hotel am Steinengraben 51 von einem Großaufgebot Bullen geräumt. Nach einer Stunde haben die Bullen es im dritten Anlauf geschafft, doch noch das Hotel zu stürmen. Es wurden 23 BesetzerInnen festgenommen und in den Knast am Kannenfeldplatz gebracht. Seit der Etablierung der Villa Rosenau werden Neubesetzungen konsequent geräumt, um ein weiteres Anwachsen der Squatterszene zu verhindern.

Am 1. Mai wurde das seit mehr als einem Jahr leerstehende Hotel am Steinengraben 51 besetzt, das im Besitz der Einwohnergemeinde der Stadt Basel ist. Es ist kein Zufall, dass nach einer andauernden Phase der Vertreibung konkret ein Objekt der Stadt ausgewählt wurde. Die BesetzerInnen forderten, die offensiv-repressive Polizeistrategie gegenüber Hausbesetzungen sofort zu beenden.

Am 3. Mai fand ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Zentralen Liegenschaftsverwaltung, Andreas Kressler, und der Regierungspräsidentin vom Finanzdepartement, Eva Herzog, statt. Die Zuständigen für die Liegenschaft am Steinengraben 51, die seit mehr als 2 Jahren leerstand, teilten den BesetzerInnen mit, dass sie das Haus bis zum 6. Mai um 23 Uhr zu verlassen hätten und drohten bei Nichtbefolgung ihrer Forderung mit einer polizeilichen Räumung.

Am Sonntag, dem 6. Mai gab es ab 11 Uhr ein Brunch vor dem Hotel. Alle Interessierten, ob NachbarInnen, FreundInnen oder einfach nur Neugierige, waren herzlich eingeladen sich zu Informieren, zu Plaudern, gemütlich zu Essen und zu Trinken und Musik zu hören.

Am 7. Mai begannen die Bullen mit einem Großaufgebot das Hotel zu räumen. Die Polizei ging dabei äusserst

aggressiv vor und nachdem sie durch den Haupteingang nur bis in der dritten Stock vorrücken konnten, stiegen sie auch durch das Dach in das Hotel ein. Räumung um jeden Preis, wie es den Anschein macht.

20 Leute, welche sich im Haus aufhielten, wurden alle verhaftet und zum Teil brutal in die Kastenwäge gepackt. Um das Haus herum versammelten sich rund 30 Sympathisantinnen, wie auch sehr viele JournalistInnen. Weitere 3 Personen wurden vor dem Hotel verhaftet.

Am Nachmittag wurden 14 Leute nach einem Soli-Knastspaziergang im Kannenfeldpark eingekesselt und ebenfalls verhaftet. Bei der Demo flogen Knallpetarden und angeblich auch mit Farbe gefüllte Flaschen gegen die Polizeiwache. Um 19 Uhr wurden die 14 der Soli-Demo wieder freigelassen. Von den anderen 23 sind bis auf eine Person alle wieder raus aus dem Knast. Eine Person sass über Nacht in Untersuchungshaft.

ZUM HOTEL

Das Hotel am Steinengraben 51 stand seit mehreren Jahren leer. Geplant war einmal, dass dort die Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID) einziehen sollte. Es wurde ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Doch nachdem mit den Umbauarbeiten begonnen worden war, stellte sich heraus, dass die Stahlkonstruktion des Gebäudes nicht erdbebensicher war. So wurden die Arbeiten eingestellt, nachdem noch die sanitären Anlagen und der Zugang zum Strom unbrauchbar gemacht worden waren, um eine eventuelle Besetzung zu verhindern.

LANG LEBE WIRRWARR, DIE SCHÖNE
UND VERBÜNDETE IM GEISTE!

Medienkollektiv Freiburg + S&G



«Unsere Leistung besteht darin die Expansion zu ermöglichen»

GLOBALISIERUNG IM TASCHENFORMAT:
IM STEUERWETTBEWERB UM GUT BETUCHTE STEUERZAHLER GREIFEN BASLER STADTENTWICKLER ZUR ABRISSBIRNE. AUS ARBEITERQUARTIEREN SOLL EIN LIFESTYLE-CAMPUS FÜR REICHE WERDEN.

Lunapark, Buden und Beizen: Am vergangenen Samstag wurde in Basel die vierspurige unterirdische Nordtangenteautobahn in Anwesenheit von Verkehrsminister Moritz Leuenberger eingeweiht (die 3,2 Kilometer lange Strecke kostete 1,55 Milliarden Franken und ist damit das teuerste Strassenstück der Schweiz). Die Stadt hat sich selbst gefeiert – und ihr Projekt, ein führender Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Europa zu werden. Basel kriert sich neu. Stadtentwickler Stefan Dössegger vom Baudepartement sagt es am Beispiel des nördlichen Gebiets ohne Umschweife: «Das Ziel des Stadtumbaus in Basel Nord ist die Schaffung attraktiven Wohnraums für gute Steuerzahler, die der Kanton braucht.» Damit werde ein «strukturelles Defizit behoben» und der «Geldfluss sichergestellt». Die Verdrängung der Bevölkerung aus den traditionellen Arbeiterquartieren St. Johann und Rosenau nimmt Dössegger als «Dauerproblem der Aufwertungsprojekte» billigend in Kauf.

Und schnell soll sie gehen, diese «Aufwertung». Samuel Hess vom Wirtschafts- und Sozialdepartement sieht die grösste Leistung seines Departements denn auch darin, «nicht im Weg zu stehen, Baugenehmigungen schnell zu erteilen und die Expansion der Grossunternehmen zu ermöglichen». Hess lobt dabei die «hervorragende und überproportionale Bedeutung» von Grossunternehmen für Basel. Die sogenannten Life Sciences, an deren Spitze die Pharmariesen Novartis, Roche und Syngenta stehen, erwirtschaften mit ihren Zulieferern zwanzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Stadtkantons. Die Finanzdienstleistungen und Versicherungen machen einen weiteren beträchtlichen Teil des Haushalts aus. Die 2005 beschlossene Totalrevision der Kantonsverfassung stehe denn auch im Zeichen einer effizienten Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, wie Dössegger lobt. Doch von dieser Wertschöpfung bekommen nur wenige BaslerInnen etwas ab.

Mit der intensiven Bautätigkeit in Basel wird ein Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungs- und Sozialpolitik sichtbar. Vor dem Hintergrund des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen entledigt sich der Kanton der sozialen Verantwortung. Die Geschäftsleiterin des MieterInnenverbands, Patrizia Bernasconi, kritisiert denn auch das neue Selbstverständnis des Kantonsbaumeisters, der sich kürzlich als «Urban Manager» bezeichnet hatte. Die Verwaltung folgt zunehmend einer liberalen Logik – eine Entwicklung, die auch in Genf, Winterthur oder Lausanne spürbar ist. Es ist kein Zufall, dass der Lausanner Professor Libero Zuppiroli vor kurzem während einer Hannah-Arendt-Konferenz in Lausanne in Bezug auf die mediale PR-Strategie der Novartis über eine «citoyenneté d'entreprise» sprach, einer Staatsbürgerschaft der Unternehmen. Damit meint er: Die neue «unternehmerische Bürgerschaft» wandelt den politischen Bürger in ein ökonomisches Subjekt um, das an der Wertschöpfung beständig mitarbeiten muss. Ansprüche auf soziale Leistungsrechte werden zur Schimäre. Was zählt, ist die Kaufkraft.

MieterInnenschützerin Bernasconi sieht in diesem Zusammenhang auch das Recht auf Wohnen der Verwertungslogik untergeordnet: «Einen sozialen Wohnungsbau gibt es in Basel nicht. Die Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr ZLV betrachtet die Liegenschaften als Finanzwerte, die Rendite abwerfen müssen.»

Der Marktglaube als Charakteristikum der Moderne, das hatte bereits vor Jahren der polnische Soziologe Zygmunt Bauman herausgearbeitet. Der Markt übernimmt die soziale Kontrolle über das Verhalten der Menschen und verlagert ihre Erwartungen von der Produktion auf den Konsum. Das passt auch zum Umbau von Basler Quartieren, die ein steriles Bild und ein subjektives Sicherheitsgefühl vermitteln sollen. Bernasconi nennt ein Beispiel: «Als Vorbereitung auf die Euro 2008 werden die Quartiere gesäubert – weil es in Basel bislang keine Rayonverbote gibt, geschieht dies via Stadtentwicklung», sagt die MieterInnenschützerin. In einem solchen System ist es konsequent, sozial Schwache räumlich auszugrenzen. Ein Prozess, der zugleich beispielhaft für den Bruch mit der Produktion und der Hinwendung zur Finanzwirtschaft steht.

«WEG VON DER SCHMUTZIGEN CHEMIE»

Novartis will sich mit dem Neubau, den sie «Campus» nennt, ein neues Image geben und investiert dafür bis 2009 zwei Milliarden Franken. Der Pharmakonzern will «weg von der schmutzigen chemischen Industrie und hin zu Life Sciences und zur Wissensgesellschaft», wie der Basler Soziologe Peter Streckeisen, der die Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse bei Novartis untersucht hat, sagt. Arbeiterquartiere und alte Produktionsanlagen wie der Hafen St. Johann stören und müssen weg. Das Ausmass der Einflussmöglichkeiten der Public Private Partnership wird am Gemeinschaftsprojekt «Campus plus» von Kanton und Novartis sichtbar, bei dem grossflächig Gebiete an die Novartis abgetreten werden und eine bis anhin öffentliche Strasse geschlossen wird. Der direkte finanzielle Aufwand des Kantons liegt bei 160 Millionen Franken. Daran soll sich die Novartis auch beteiligen, erzählt Hess vom Wirtschafts- und Sozialdepartement, macht jedoch keine Angabe über die Höhe der Zuwendungen.

Kritik am Vorgehen der Stadt wird nicht geschätzt. Und doch gibt es Menschen, die aufbegehren. Einen Höhepunkt ihres Widerstandes bildete die Besetzung des seit mehreren Jahren leer stehenden Hotels «Steingraben» in der Nähe des St.-Johann-Quartiers am 1. Mai. Die Aktion, an der sich rund hundert junge Menschen beteiligten, erregte Aufsehen. «Wir wollten auf die prekäre Wohnungssituation aufmerksam machen», erzählt die 25-jährige Kunststudentin und Hausbesetzerin Susanne Wagner*. Die Basler Hausbesetzerszene hat einen festen Kern von mehr als fünfzig Personen. Seit Jahren versucht sie, ein alternatives Wohn- und Kulturzentrum aufzubauen. Teilweise ist dies auch gelungen. Doch Häuser im St. Johann wie die «Elsie» oder «Hagi» wurden inzwischen abgerissen. Weitere Besetzungen endeten immer mit sofortigen Räumungen und der Einleitung von Strafverfahren.

LIEGENSCHAFTEN VERSCHERBELT

Bei der Räumung des Hotels Steingraben, das im Besitz des Kantons ist, waren auch Andreas Kressler, Leiter der Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr (ZLV), und die Regierungspräsidentin, Finanzdirektorin und einstige Kulturveranstalterin Eva Herzog (SP) anwesend. Herzog, der die ZLV unterstellt ist, schloss eine Zwischennutzung des Hotels als alternatives Wohn- und Kulturzentrum damals nicht aus. Eine Woche später hingegen räumte die Polizei das Haus – nachdem Herzog Anzeige erstattet hatte. Die Regierungspräsidentin war zu Verhandlungen selbst dann nicht bereit, als ein unabhängiges Gutachten eines Baufachmanns die bereits begonnenen Aufräumarbeiten des stark verunreinigten Hauses durch die BesetzerInnen würdigte und eine Weiternutzung möglich schien. Weder Kressler noch Herzog wollten den Sachverhalt kommentieren. Für fast dreissig Jugendliche bedeutet dies, dass ihr Protest gegen soziale Missstände vor Gericht verhandelt wird.

«Die offensiv-repressiven Massnahmen der Polizei zielen gegen nichtkommerzielle und selbstverwaltete Projekte. Alternative Wohn- und Kulturvorstellungen passen nicht ins Stadtbild», bestätigt die Hausbesetzerin Susanne Wagner. So werden sozial Schwächere, MigrantInnen oder Jugendliche zur Antithese der guten SteuerzahlerInnen. Und dieser Verdrängungsprozess wird indirekt von der Bevölkerung mitfinanziert: Denn die Pensionskassen setzen die Sozialbeiträge der Versicherten teilweise für Immobilienspekulationen ein.

«Nach dem Platzen der spekulativen Finanzblasen der New Economy wenden sich auch die Pensionskassen vermehrt hin zur Immobilienwirtschaft», erzählt Bernasconi. Denn Immobilien gewährleiten die Abschöpfung von Profiten bei minimalem Risiko. Auch staatliche Liegenschaftsverwaltungen funktionieren teilweise nach diesem Muster. Der MieterInnenverband deckte vergangenes Jahr auf, dass die ZLV «im Bestreben, ihr Immobilienportfolio zu diversifizieren», kantonseigene Liegenschaften an eine private Immobilienfirma verscherbelt hat. Innerhalb weniger Tage wurden die MieterInnen vor die Wahl gestellt, zu gehen oder einen erhöhten Mietzins zu zahlen. Um diese Entwicklung abzuwenden, startete der

Verband vor einem Jahr eine Mietwohnschutzinitiative gegen Zweckentfremdung und Teilabbruch. Bernasconi sieht eine Lösung des Problems zudem in der Gründung einer alternativen Pensionskasse. Durch Zweckbindung der Mittel könnten Immobilienspekulationen verhindert werden.

Dass bei solchen Geschäften traditionelle soziale Strukturen wie Nachbarschaftshilfe und Quartieridentität unwiderruflich zerstört werden, scheint die StadtentwicklerInnen nicht zu stören. Der Verdrängungsprozess, der im St.-Johann-Quartier nahezu 17 000 Menschen betrifft, wird mit einem unternehmerischen Vokabular wie «guter Einwohnermix», «Marktanpassung» und «Steuersubstrat» vernebelt.

KEIN INTERESSE AN INTEGRATION

Dabei machen gerade Multikulturalität und soziales Engagement den Reiz des Stadtteils St. Johann aus. Die Basler Gemeinwesenforscherin Gabi Hangartner, die verschiedene Entwicklungsszenarien beim Umbau des St.-Johann-Quartiers untersuchte, kritisiert denn auch den Verlust dieser Stärken: Menschen, die temporär als MitarbeiterInnen der Novartis ins Quartier kämen, zeigten kein Interesse an der Integration mit der Bevölkerung. «Die Energie des Campus geht nach innen, sie ist hierarchisch strukturiert wie eine Firma, ein Quartier ist aber ein loses Netzwerk», schreibt Hangartner in ihrem gerade erschienenen Buch «Urbanes Trendquartier oder gespaltener Sozialraum». Das Quartier sei im Zersetzen begriffen: «Künstler ziehen weg, da die Ateliers teurer werden, aber auch Familien mit Kindern, weil die Mieten steigen.»

von Kamil Majchrzak

Journalistinnenkollektiv Krise und Kritik
erschienen in der WOZ # 24 vom 14.06.2007

* Name von der Redaktion geändert.

Die Räumung des Rhino*, Spitze des Eisbergs

DER GENÈVE REGIERUNGSTATTHALTER DANIEL ZAPPELLI, EINER DER PROTAGONISTEN DER RÄUMUNG DES SYMBOLTRÄCHTIGEN RHINO, ÜBERNAHM DIE GESCHÄFTE SEINES VORGÄNGERS BERNARD BERTOSSA AUF SEINE WEISE: IN DEN WENIGEN JAHREN SEIT DIESEM WECHSEL NAHM DIE ZAHL DER BESETZTEN HÄUSER (SQUATS) UM GUT DIE HÄLFTE AB. UND DIES IN ZEITEN AKUTER WOHNUNGSNOT.

Man spricht gar von einer Schwarzen Liste der zu räumenden Squats in Zappellis Lumberärmel. Jedenfalls ist die ganze politische Wetterlage im Tief, es herrschen Unwetter. Der Genfer Regierungsrat, allen voran Laurent Moutinot², trug das Seinige dazu bei. Er billigte, wie schon bei etlichen Räumungen zuvor, die gewaltsame Evakuation, ohne den erstinstanzlichen Gerichtsentscheid abzuwarten. An einem regnerischen Nachmittag Ende Juli war es dann soweit; und hunderte von Sympathisanten, die teils die Tage zuvor im Rhino übernachtet hatten, fanden sich zur Gegenwehr ein. Mit dabei waren auch die vormaligen Nachbarn, die Leute der nur zwei Wochen zuvor geräumten Besetzung La Tour. Doch die gefürchteten Genfer Robocops waren übermächtig.

Die rund 60 Bewohner des Rhino hatten eigentlich mehr als nur vorübergehendes Obdach im Sinn: Organisiert im Kollektiv, realisierten sie in den 18 Jahren ein veritables und angesehenes soziales Projekt. Im Kontext mit den vergleichbaren Projekten La Tour, aber auch den im selben Stil geräumten Kalifornia³ und Karlton, wird die Tragweite des sozialen Rundumschlags à la Zappelli klar. Zwar ist es schwierig, die Besetzerzene Genfs zu definieren, angesichts der Vielfalt an Squatterkollektiven, die es gibt oder eben gab. Vom Grüppchen von Freunden, die in ein Gebäude oder eine leere Wohnung eindringen, um alsdann mit dem Besitzer einen Zwischennutzungsvertrag (contrat de confiance) auszuhandeln (dies geschieht meist über die «brigade des squats», die in Genf eigens eingerichtete Besetzerpolizei), bis hin zu den wohnpolitisch motivierten, von grossen Teilen der Bevölkerung und der Politiker gutgeheissenen Projekten wie der Kalifornia-Besetzung und dem Karlton. Hinter letztgenannten Projekten stecken Kollektive und Genossenschaften, die aufgrund der Ideologie entstanden, gemeinschaftliches Wohnen möglich zu machen. Mit ihren Projekten, als Aushängeschilder fungieren das Rhino und die Ciguë⁴, zeigten sie Alternativen auf zum völlig ausgetrockneten und korruptierten Genfer Immobilienmarkt.

Die Genfer Politik verliert zunehmend an Handlungsspielraum. Aufgrund der Krise du logement bereits den Rücken zur Wand, bekommt sie immer mehr das machtheiszerische Keulenschwingen der Hauseigentümer

- * Rhino ist das Akronym für «Retour des Habitants dans les Immeubles Non Occupés!», also «Rückkehr der Einwohner in die unbenutzten Gebäude!» (Anm. d. Ü.)
- 2) Sozialdemokrat und ehemaliger Anwalt der ASLOCA (Association de défense des locateurs)
- 3) Die Grossbesetzung des ehemaligen Hotels Kalifornia wurde organisiert durch die CUAÉ, eine Art StudentInnenengewerkschaft. Über hundert Studenten fanden dort ein Zimmer. Geführt wurde die Besetzung einerseits durch die Bewohner, andererseits durch die Ciguë.
- 4) Die Ciguë koordiniert, mit mehreren Teilzeitstellen, die Vergabe leeren Wohnraums an Leute in Ausbildung. Entstanden als kleines, wohnpolitisch motiviertes Kollektiv, ist sie mittlerweile politisch anerkannt. Sie «beherbergt» heute um die 250 Bewohner. Für die zwischengenutzten Gebäude bezahlt sie nichts, verlangt jedoch pro Zimmer zwischen Fr. 200.- und 400.- Solidaritätsbeitrag, was für Genf sehr bescheiden ist. Sie wächst (auch finanziell) stetig, bekommt die Mehrheit leerstehender Gebäude und ist den «squatters sauvages» zunehmend ein Dorn im Auge.
- 5) Wie jene juristisch fragwürdigen Entscheide zur Räumung von Rhino, La Tour und weiteren Hütten.
- 6) So Regierungsrat Laurent Moutinot, Ex-Gewerkschafter Charles Beer, der ehemalige Genfer Besetzer Robert Cramer oder der «ex-libertäre» David Hiler.
- 7) Eine Rhino-Bewohnerin gebar um 23.06 Uhr, just nach der polizeilichen Eroberung des Gebäudes, einen gesunden Sohn.



zu spüren. Deren «Cheval de bataille» ist nichts anderes als die Idee des Privateigentums; heilige Kuh unseres Rechtsstaates, in der Calvinstadt immerhin mehr als anderswo infrage gestellt. Die passive Haltung (oder willfähige Mittäterschaft) der Politiker trägt das Ihrige dazu bei – es geht um Millionen, und die Zeche zahlt der Mieter. Als Beispiel angetönt sei nur die langjährige Freundschaft Zappellis mit dem jetzigen, «bauwilligen» Besitzer der Rhino-Liegenschaften. Als vor wenigen Jahren das Rhino-Kollektiv die Liegenschaft kaufen wollte, wurde diese unter bis heute nicht geklärten Umständen dem Kollegen Zappellis zugeschanzt. Auch insgesamt liess es die Regierung zu, dass die informelle Macht der Immobilienmakler so zu drücken begann, dass Entscheide⁵ in völlig undurchsichtiger Manier getroffen wurden.

So sehen sich die Aktivisten über den Tisch gezogen durch all die Magistraten und «Mediatoren»⁶, ohne deren Accord nicht mal Zappelli so eifrig hätte die Polizei entsenden können. Doch die Squatters kämpfen weiter – auf juristischer wie auch gesellschaftlicher Ebene. Zumal Zappelli – mittels seines rechten Arms, der Polizei

– im Zuge der Räumungen einige Prinzipien nicht beachtet hat und sich immerhin gewisser Kritik ausgesetzt sieht. Bekanntlich hat das Rhino-Kollektiv die am andern Ende der Stadt angesiedelte UNO avisiert, und prompt verlangt der Sonderkommissar für Unterkunft, Miloon Kothari, von der Schweiz eine Erklärung zu den Geschehnissen. So seien Räumungen bei Regenwetter verboten, und Kinder und Schwangere dürften niemals gewaltsam aus einem Haus getrieben werden⁷, schon gar nicht ohne Ankündigung. Als schärfste Sanktion ist seitens der UNO eine «Empfehlung» an die Schweiz zu erwarten.

Es ist zu befürchten, dass sich diese schwarze Aera erst mit dem politischen Ende Zappellis beseitigen lässt. Bis dahin wird die in Genf wohlgeborgene Immobilienspekulation weiter die politischen Entscheide prägen – die traurigen Ereignisse haben es alarmschallend gezeigt.

Text: Christophe Couderc
Übersetzung: Michu Mäder
erschienen im megafon # 311, September 007

Die Ciguë Genève; Alternative für den Wohnmarkt oder für die Squats?

SELBSTVERWALTET,
PLATZNUTZEND, BREIT AKZEPTIERT. DAS ER-
FOLGSPROJEKT CIGUË BIETET 250 MENSCHEN
BILLIGSTWOHNRAUM. WO IST DA DER HAKEN?

Die Ciguë ist eine Genfer Wohnkooperative für Leute in Ausbildung. Gegründet wurde sie 1986 von einer kleinen Gruppe Studenten, die sich – unter der Wolke der Wohnungsnot – aktionspolitisch engagierten. Am Anfang steht die Besetzung eines Schulzimmers; Raum B106 in der Uni Bastions. Nach einer Woche mühseliger Verhandlungen – die Forderung: bezahlbarer Wohnraum für Studenten – erhalten die Ciguë-Vorreiter gleich für drei Häuser einen Contrat de confiance, einen Zwischennutzungsvertrag¹. Zwanzig Leute ziehen ein und gründen die Ciguë, die Association autogérée à but non lucratif, die selbstverwaltete, nichtgewinnorientierte Kooperative. Seine Struktur ist simpel: Ein Conseil d'administration (CA; eine eher informelle Kerngruppe von drei Personen), sowie eine souveräne, das heisst über alles Relevante entscheidende Assemblée générale, die GV. In den 90er Jahren wächst die Kooperative auf gut vierzig Bewohner, ein paar Gebäude sind dazugekommen. Zudem baut die Ciguë erstmals; ein Gebäude für 32 Bewohner, aufgeteilt in Vierer-WGs in der Nähe des Hauptbahnhofs Cornavin.

IM SCHOSSE DER BESETZERSTADT

Man etabliert sich als Kämpfer gegen den ausgemergelten Genfer Immobilienmarkt, als Protagonisten für partizipatives Zusammenleben. Alle Bewohner werden automatisch Coopérateurs, vereint im Wissen, dass sie ihre Hausverwaltung selbst sind. Auch insgesamt dauert die Aufbruchstimmung an, die Politiker zeigen sich generell immer offener für soziale Wohnprojekte – und darunter fallen auch Besetzungen, die immer zahlreicher die Stadt betupfen. Die Ciguë bedankt sich für städtischen Zustupf (in Form von neuen Häusern oder Subventionen) und wächst rasant. Genf ist eine Wohnmodellstadt – bis zur Ernennung eines neuen Regierungsstatthalters; Daniel Zappelli. Im Windschatten zunehmend aggressiver lobbyierender Hauseigentümer setzt Zappelli eine Wendemarke, die Zeit der Innovation ist vorbei. Nur das Wohnungsproblem vermag die restriktive Politik nicht zu lösen, vielmehr spielt die Crise du logement den Immobilienspekulanten in die Hände, deren Macht zunimmt.

Der Groll über die immer noch unbezahlbaren Mieten entlädt sich von Zeit zu Zeit militant. Ein Beispiel ist die Mammutbesetzung des Hotels Kalifornia² im Oktober 2002, organisiert durch die CUAE³ und die Ciguë (bzw. deren CA). Es gelingt den beiden Gruppen, die Aktion wohnpolitisch zu legitimieren und die politische Tatenlosigkeit mit medialem Echo anzuprangern. Der ausgehandelte CPU⁴ enthüllt indessen erste Differenzen zwischen dem kontrollwilligen CA der Ciguë und den freiheitsbedachten Bewohnern.

DAS WACHSEN UND DIE WENDE

Die Ciguë gewinnt an politischem Gewicht, erntet immer mehr leerstehende Gebäude und wächst durch die enorme Anzahl Kalifornia-Bewohner (die alle automatisch den Solidaritätsbeitrag an die Ciguë zu entrichten haben) explosionsartig. Vor der Kalifornia-Besetzung um die siebzig Coopérateurs (Bewohner), zwei Jahre später gut 250, dies die Blähung in Zahlen. Die Ciguë ändert ihr Gesicht: Die einst homogene Kleinkooperative präsentiert sich als stadtweites Mosaik, als riesiges WG-Netzwerk, das nun einer strukturellen Anpassung bedarf. Als Anpassungsmassnahme wird der CA vergrössert; fünf Administratoren kümmern sich um klar definierte Aufgabenbereiche kraft nunmehr bezahlter Teilzeitstellen. Die fünf Conseillers d'administration gewinnen so an Einfluss (sie investieren schlicht mehr Zeit), während die Assemblée générale, welche die CA-Mitglieder wählt, zahlenmässig stagniert: 20 bis höchstens 40 der 250 Coopérateurs wollen an den halbjährlich abgehaltenen AGs mitreden.

FAMOS UND GROSS = NICHT NUR GUT

Konsequenz ist eine zunehmende Distanz zwischen Fussvolk und Exekutive. Eine gewisse technokratische Schwere sucht die Ciguë heim. Es geht unterdessen um hunderttausende von Franken. Wichtige Entscheide werden vom CA getroffen und an der AG mehrbesser 'mitgeteilt'. Unzufriedene Bewohner sind dennoch die Minderheit, denn die Mehrheit interessiert sich nicht gross für das Gedeihen dieses einstmals selbstverwalteten Projekts. Freilich ist man dankbar, so günstig zu wohnen (der monatliche Solidaritätsbeitrag kommt je nach Wohnlage auf Fr. 200.- bis Fr. 400.-), doch damitathsichs meist.



KOMMT DIE WIDERWENDE?

Können wir auf eine basisdemokratische Reorganisation hoffen, wie es die zurzeit stattfindenden Ciguë-Debatten suggerieren? Nun, der CA ist stark verankert. Seine Mitglieder sind zweifelsohne kompetente Leute. Mit guten Kontakten zur Politik – und mit Expansionsdrang. So ist der Bau eines neuen Wohnhauses⁵ geplant, ein anderes laufendes Projekt ist die Gesamtrenovation des Clos Voltaire⁶ und weiterer zurzeit besetzter Gebäude.

Schade nur, dass bei all dieser Tätigkeit der politische Positionsbezug, die aktivistische Stosskraft der Ciguë auf der Strecke bleiben. Da wird das Rhino gewaltsam geräumt⁷, und die Ciguë beobachtet schweigsam. Wo der CA sich auch nicht zu mucken wagt: Das Grosshotel Kalifornia steht seit drei Jahren leer. Um die Unbesetzbarkeit sicherzustellen, wurden die Sanitäranlagen zerstört, mehr passierte nicht. Der Eigentümer legitimierte im August 2004 die Kündigung des Nutzungsvertrags mit dem Versprechen, es werde unmittelbar gebaut. Brav packten die Ciguë-Leute ihre Sachen. Hielten sich, im Gegensatz zum arroganten Propriétaire, an die Abmachung. Wohnungsnotbedingtes Einschreiten der Behörden? Fehlangeize. Und worauf wartet die Ciguë? Stellung beziehen? Anprangern? Sie bleibt stumm. Trist, wo man sich doch einst als politische Kraft etablierte und die Sympathien vieler Genfer für sich weiss. Es gibt fürwahr Rezepte gegen diese unausgewogene Entwicklung. Ist der CA heterogen genug? Welche Anzahl Bewohner, welche Anzahl Franken ist wirklich gesund für die Ciguë? Und wieweit darf der technisch-administrative (bezahlte) Teil der Kooperative noch wachsen? Ohne hier jemanden persönlich zu diffamieren: Diese Fragen müssen ganz unvoreingenommen angegangen werden!

Etliche Coopérateurs schlagen ein neues Kleid vor für unser wachsendes Kind: Das einer Föderation oder jenes einer Dachorganisation. Denn diversen Bewohnern sticht

in letzter Zeit eine Ähnlichkeit mit herkömmlichen Hausverwaltungen ins Auge. Und was nicht gesund sein kann, ist ein Zusammenfallen von Legislative und Exekutive beim CA, eine Konzentration von Entscheidung und Ausführung bei einigen Wenigen. Seit über zweihundert Jahren kennen wir – zum Wohle – die Gewaltentrennung. Doch leicht ist es nicht, als blosses Bewöhnerchen Hunderttausendfranken-Entscheiden umzustossen. Oü-vas-tu, Ciguë? Folgst du den Hausverwaltungen, deinen bürgerlichen Schwestern, ins Reich der fließenden Mieten? Oder entsagst du dem Familienschlauch und dem fetten, miefenden Braten?

Christophe Couderc
Übersetzung: Michu Mäder
erschieden im megafon # 312, Oktober 007

- 1) Die drei beieinanderstehenden Häuschen, von den Bewohnern «les villas» genannt, lagen im UNO-Quartier «Nations». 17 Jahre später mussten sie einem Neubau des Instituts für geistiges Eigentum weichen.
- 2) Das Kalifornia, im bahnhofsnahen Quartier Pâquis gelegen, hat 85 Zimmer und stand seit 12 Jahren leer.
- 3) Die CUAE ist eine Art StudentInnengewerkschaft mit dem Charakter einer Dachorganisation. Die damaligen Mitglieder waren klar sozialistisch orientiert.
- 4) CPU: Contrat de prêt-à-usage, Gebrauchsleihvertrag.
- 5) Gleich neben der Universität Mail, an der Rue des Volentaires, wird ein ca. 40 Bewohner fassendes Wohnhaus entstehen.
- 6) Ein uraltes idyllisches Herrenhaus mitten in der Stadt, das seinerzeit Voltaire errichten liess. Ungefähr 35 BesetzerInnen bewohnen es. Das Clos Voltaire ist denkmalgeschützt. In Verhandlungen konnte die Ciguë erreichen, dass die Stadt die Renovation der Aussenfassade übernimmt.
- 7) Siehe Bericht auf den vorangehenden Seiten.